



**GRENZERFAHRUNGEN IN DER KRISE –  
WAS MACHT DIE KRISE MIT UNS?**

**FRAKTION DISKUTIERT MIT  
KIRCHEN ÜBER SOZIALE FOLGEN  
DER CORONA-KRISE**

## EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

die erste Hälfte des Jahres ist wohl für jede und jeden von uns anders verlaufen als geplant. Die Corona-Pandemie hat massiv in das Leben von allen Menschen eingegriffen. Ich bin froh, dass in Deutschland und in Niedersachsen kluge Regierungen in der Verantwortung sind, welche die notwendigen Maßnahmen ergriffen haben um die Ausbreitung der Krankheit einzudämmen. Die CDU-Fraktion ist stolz auf Ihre Verantwortungsträger. Nun gilt es, mit Augenmaß die zweite Jahreshälfte anzugehen. Die zusätzlichen Finanzmittel, die Bund und Land zur Verfügung stellen bieten die Möglichkeiten, die Folgen der Corona-Krise auf allen Ebenen abzumildern. Damit ist der Grundstein gelegt, Deutschland vollständig durch die Krise zu führen. Wir müssen jetzt dem Mut, der Kreativität und der Leistungsbereitschaft von Familien, öffentlichen Einrichtungen, Vereinen, Verbänden, Arbeitnehmern und Arbeitgebern wieder möglichst freien Lauf lassen. Dann kommen wir gestärkt aus der Krise.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie einen schönen Sommer und erholsame Ferien.

Jens Nacke  
Parlamentarischer Geschäftsführer

NEUES BÜNDNIS VON SOZIALPARTNERN, KIRCHEN UND KOMMUNEN

## ZUSAMMENHALTEN IN DER KRISE



Die Spitzen des Bündnisses nach der Gründung. Mareike Wulf (v.l.) vertritt die CDU-Landtagsfraktion im Bündnis.

**Die verordneten Einschränkungen während der Corona-Pandemie sind nicht spurlos an den Menschen vorbeigegangen und belasten viele von ihnen bis heute. Einsamkeit, Zukunftsangst und soziale Unsicherheit waren und sind direkte Folgen der erforderlichen Distanz in der Krise. Zugleich haben viele ehrenamtlich Tätige Eigeninitiative gezeigt und vor allem älteren und kranken Mitmenschen dabei geholfen, den veränderten Alltag zu bewältigen.**

Auf Vorschlag der Sozialpartner, Kirchen und kommunalen Spitzenverbände und mit Unterstützung der Fraktionen im Landtag sowie der Landesregierung hat sich nun ein neues Bündnis gegründet: „Niedersachsen hält zusammen“.

### Vernetzen und austauschen

Das Bündnis hat sich zum Ziel gesetzt, die im ganzen Land entstandenen Hilfsan-

gebote bekannt zu machen, zivilgesellschaftliches Engagement zu würdigen und Akteure dieses Bereichs zu vernetzen. Mithilfe zunächst virtueller Diskussionen und Podien will das Bündnis darüber hinaus den demokratischen Diskurs ergänzen und unterstützen. Dabei wendet es sich gegen jede Form von Verschwörungstheorien.

### Alle können mitmachen

Als Gründungsmitglied und Teilnehmerin am Spitzen- und Koordinierungskreis beteiligt sich die CDU-Landtagsfraktion an führender Stelle im Bündnis und wird auch an der ersten virtuellen Konferenz am 11. Juli teilnehmen. Nach der abgeschlossenen Gründungsphase steht das Bündnis nun auch allen anderen Vereinen, Verbänden und Initiativen offen. Auch CDU-Ortsverbände, -Fraktionen und ganze Räte können mitmachen. Hier können Sie mit Ihrer Organisation beitreten:

[www.niedersachsen-haelt-zusammen.de/](http://www.niedersachsen-haelt-zusammen.de/) mittraeger-werden



„EIN MEILENSTEIN FÜR NIEDERSACHSEN“

## Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast unterzeichnet den „Niedersächsischen Weg“

Hannover. Der „Niedersächsische Weg“ ist eine bundesweit einmalige Vereinbarung zwischen Landwirtschaft, Naturschutz und Politik. Das Papier verpflichtet die Akteure, konkrete Maßnahmen für einen verbesserten Natur-, Arten- und Gewässerschutz umzusetzen. „Für Niedersachsen ist es ein Meilenstein, weil sich alle gleichermaßen dem Umweltschutz und dem starken Agrarstandort verpflichten“, betonte Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast. Monatelang hatte sie mit den anderen Beteiligten verhandelt und stellt zufrieden fest, dass dies immer auf Augenhöhe passiert ist. Anfang Juni wurde die Rahmenvereinbarung in Mesmerode (Wunstorf) neben einem Blühstreifen, der von Landwirtschaftsfamilie Widdel kultiviert wird, feierlich präsentiert.

Unterzeichner der Vereinbarung sind neben der Landwirtschaftsministerin auch Ministerpräsident Stephan Weil, Umweltminister Olaf Lies, Dr. Holger Hennies, Vize-Präsident des Landvolk Niedersachsen, Gerhard Schwetje, Präsident der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Dr. Holger Buschmann, Vorsitzender des NABU Niedersachsen und Heiner Baumgarten, Vorsitzender des BUND Niedersachsen.

### Warum ist das wichtig?

Einer der Gründe für das Insektensterben ist der Verlust von Nahrung und Lebensräumen. Mit dem „Niedersächsischen Weg“ wird gegengesteuert. „Diese Vereinbarung zeigt, dass die Landwirte Teil der Lösung sind. Sie sind quasi von Natur aus Grün“, erklärte Ministerin Otte-Kinast. Mit dem „Niedersächsischen Weg“ gelingt es erstmals, eine berechtigte Forderung einzulösen: Umweltverbände, Landwirtschaft und Politik müssen sich gemeinsam den

gesellschaftlichen Erwartungen stellen. Das Papier ist deshalb ein wichtiger Baustein für einen Gesellschaftsvertrag. Die konkrete Umsetzung dieses Plans ist bereits angelaufen. Der Lenkungsausschuss und drei Arbeitsgruppen haben ihre Arbeit aufgenommen.

### Was steht drin?

Zum Niedersächsischen Weg gehören (Auswahl):

- Breitere Gewässerrandstreifen
- Reduktion chemischer Pflanzenschutz
- Biotopverbund auf 15 Prozent der Landesfläche bzw. 10 Prozent der Offenfläche
- Mehr Landschaftselemente wie Hecken, Baumreihen, Alleen
- Vertragsnaturschutz stärken
- Mehr ökologische Beratung für Landwirte

- Bis Ende 2020 Aktionsprogramm Insektenvielfalt
- Biodiversität in den Wäldern der Nds. Landesforsten (NLF): Mehr Bäume die über 100 Jahre alt werden
- Im Solling entsteht ein 1000 ha großes Wildnisgebiet bis 2028
- Bis 2025 wird der Anteil des Ökolandbaus auf zehn Prozent wachsen, die Marktentwicklung muss berücksichtigt werden.
- Klimaschonende Bewirtschaftung (Moorgebiete)
- Mesophiles, artenreiches Grünland schützen

### Wie wird das finanziert?

Mit dem „Niedersächsischen Weg“ sichert die Politik den Landwirten zu, dass diese geforderten Leistungen auch honoriert werden. Dabei wird auf Anreizsysteme, anstatt auf Ordnungsrecht gesetzt. Zunächst hat die Niedersächsische Landesregierung kurzfristig 120 Millionen Euro zur Erhöhung der Biodiversität auf landwirtschaftlichen Flächen im Haushalt bereitgestellt. Das wird aber noch nicht alles sein: Über die konkreten Finanzmittel wird in den kommenden Monaten im Landtag gemeinsam diskutiert und entschieden. Den kompletten Vertragsinhalt zum „Niedersächsischen Weg“ finden Sie unter [www.ml.niedersachsen.de](http://www.ml.niedersachsen.de).



GRENZERFAHRUNGEN IN DER KRISE – WAS MACHT DIE KRISE MIT UNS?

## Fraktion diskutiert mit Kirchen über soziale Folgen der Corona-Krise

Das zur Pandemie-Bewältigung erforderliche „Social Distancing“ hat in Teilen der Bevölkerung tiefe Spuren hinterlassen: Angehörige, die ihre verstorbenen Familienmitglieder nicht zu Grabe tragen durften, Kranke in den Notaufnahmen, die nicht besucht werden konnten, Väter, die die Geburt ihres Kindes nicht miterleben durften, Kinder, die ihre Freunde nicht sehen konnten, Studierende und Absolventen, die keine Arbeit finden. Wird unsere Gesellschaft durch die Krise auseinandergetrieben?

Gemeinsam mit Vertretern der evangelischen Landeskirche und der Diakonie in Niedersachsen hat die CDU-Landtagsfraktion über die sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie und der einhergehenden gesellschaftlichen Einschränkungen diskutiert. Fraktionschef Dirk Toepffer warf zu Beginn die Frage auf, was man den Menschen eigentlich zumuten dürfe, welche Einschränkungen man diktieren könne und ob es neben den demokratischen Institutionen einer „moralischen Instanz“ bedürfe. „Die Menschen erwarten, dass es ein Korrektiv zur Politik gibt, einen Gegenpart. Kann die Kirche dieser Gegenpart sein?“, fragte Toepffer mit Blick auf die besondere seelsorgerische Rolle in der Corona-Krise.

### Ein Ethikrat für Niedersachsen?

Angela Grimm, Direktorin des Zentrums für Seelsorge der Hannoverschen Landeskirche, untermauerte die von Toepffer erwähnte gesteigerte Bedeutung von Kirche in der Krise und

listete zahlreiche Probleme auf, denen sich die Telefonseelsorger in dieser Zeit vermehrt stellen mussten. „Einsamkeit und Suizid-Gedanken, häusliche Gewalt und Erinnerungen an häusliche Gewalt als Kind, Angst den Alltag nicht bewältigen zu können, Existenznöte und der Umgang mit Verschwörungstheorien spielen zur Zeit eine große Rolle“, so Grimm.

Ihrer Forderung nach einem niedersächsischen Ethikrat verlieh Regionalbischöfin Petra Bahr Nachdruck. „Ein Ethikrat, bestehend aus vielen unterschiedlichen Professionen und auch den Kirchen, kann Entscheidungsmöglichkeiten auf mittelfristige Folgen durchleuchten. Er muss aus meiner Sicht so besetzt sein, dass auch fachliche Expertise da ist, die die Dinge nicht im luftleeren Raum schweben lässt.“ Kirchen und Ärztekammer hatten sich bereits im April für die Gründung eines Ethikrats ausgesprochen und somit das Thema angeregt. Dieser könnte der Landesregierung durch Beratung in sozialetischen Fragen in der Corona-Krise und zukünftigen Pandemien behilflich sein.

### Jede Entscheidung kann soziale Gefahren beinhalten

Oberlandeskirchenrat Hans-Joachim Lenke, Vorstandssprecher der Diakonie in Niedersachsen, betonte, dass am Ende die Politik über die Maßnahmen entscheiden müsse und verdeutlichte diese Notwendigkeit an einem Beispiel aus dem Bereich der Pflegeeinrichtungen: „Man kann ein guter Betreiber sein, indem man den Betrieb gut begründet wieder hochfährt, und man kann ein guter Betreiber sein, indem man den Betrieb gut

**„In vielen Einrichtungen, in denen es verstärkt Todesfälle gegeben hat, gibt es nun staatsanwaltliche Ermittlungen. Das ist eine extrem belastende Situation“**

Hans-Joachim Lenke, Vorstandssprecher der Diakonie in Niedersachsen

begründet noch nicht wieder hochfährt. Das gilt genauso für Personen, die ihre Angehörigen besuchen oder nicht besuchen“, so Lenke. Jede Entscheidung könne allerdings Folgen haben, die noch nicht abschätzbar sind und auch soziale Gefahren nach sich ziehen können. „In vielen Einrichtungen, in denen es verstärkt Todesfälle gegeben hat, gibt es nun staatsanwaltliche Ermittlungen. Das ist eine extrem belastende Situation“, berichtete Lenke.

### CDU-Fraktion offen für Ethikrat

Die Mitglieder der CDU-Fraktion zeigten sich nach dem Austausch offen für die Einsetzung eines Ethikrates. „Es braucht starke Kräfte um die Situation einzuordnen. Das kann Politik nicht alleine“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ulf Thiele. Jörg Hillmer, ebenfalls Fraktionsvize, pflichtete Thiele



**„Es braucht starke Kräfte um die Situation einzuordnen. Das kann Politik nicht alleine“**

Ulf Thiele, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

bei. Er erwarte von einem Ethikrat, dass dieser „auf Konflikte und Folgen aufmerksam macht, die man nicht auf Anhieb sieht.“ Entscheiden müssten letztlich jedoch die gewählten Abgeordneten und Regierungen, so Toepffer abschließend: „Ein klug besetzter Ethikrat kann das leisten. Einer solchen Beratung sollten sich die politisch Verantwortlichen nicht entziehen.“



## AUS DEM PLENUM

## Schlachthöfe, Wald, Schule und Mobilfunk

Vom 30. Juni bis 2. Juli fand erstmals seit Beginn der Corona-Pandemie wieder ein dreitägiges Plenum im Landtag statt. Die Abgeordneten berieten u.a. über schärfere Maßnahmen bei Kindesmissbrauch, unseren Wald, die Stärkung der Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen und die Situation in den Schlachthöfen.



### Zustände in Schlachthöfen peinlich für alle Beteiligten

„Was wir aktuell in den industriellen Großschlachtereien erleben, ist peinlich für die Unternehmer, es ist aber auch peinlich für uns Politiker. In über 30 Jahren haben sich hier Bundes- und Landesregierungen von CDU bis Grüne nicht mit Ruhm bekleckert. Das wird sich nun ändern. Wir stehen als CDU hinter dem geplanten Verbot von Werk-

verträgen in der Fleischindustrie und werden auch bei den Arbeits- und Wohnbedingungen aufräumen. Wir sind unserer Landwirtschaftsministerin und unserem Wirtschaftsminister dankbar, dass sie sich gemeinsam mit ihren Kollegen aus Nordrhein-Westfalen an die Spitze dieser Bewegung gestellt haben“, so CDU-Fraktionschef Toepffer. Das werde Geld kosten, und auch die Verbraucher müssten sich darauf einstellen, dass Fleisch teurer werde, wenn die Maßnahmen umgesetzt sind.

### Strafrecht verschärfen, Kindesmissbrauch ist ein Verbrechen

„Die schweren Fälle von Kindesmissbrauch in der letzten Zeit, egal ob in Lügde/Hameln-Pyrmont, in Münster oder jetzt in Bergisch-Gladbach, zeigen, dass wir bei diesem schrecklichen Thema sehr scharf hinsehen müssen. Die Täter müssen wissen, dass wir sie finden und bestrafen werden. Kindesmissbrauch ist ein Verbrechen und muss auch so bestraft werden. Daher wollen wir eine Verschärfung des Strafrechts an dieser Stelle“, erklärt Uwe Schünemann. Die CDU-Fraktion fordert, dass deutsche Internet-Provider künftig verpflichtet werden, Verdachtsfälle von Kindesmissbrauch zu melden. Darüber hinaus fordern die Christdemokraten eine IP-Vorratsdatenspeicherung. „Die Streichung des Straftatbestandes des Kindesmissbrauchs aus dem Führungszeugnis muss unterbleiben.“



### Schreiben nach Gehör wird abgeschafft

Der Landtag hat am 1. Juli beschlossen, das Schreiben nach Gehör abzuschaffen. Die Grundkompetenzen Schreiben, Lesen und Rechnen in der Grundschule sollen intensiver gestärkt werden. Diese Fertigkeiten sind für den späteren Bildungsweg zwingend erforderlich. Die Ergebnisse

der IQB-Bildungsstudie zeigen, dass 28% der Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen am Ende der vierten Klasse die Mindeststandards beim Schreiben, Lesen und Rechnen nicht erreichen. „Gerade in der Grundschule ist das Erlernen von Schreiben, Lesen und Rechnen enorm wichtig, denn wenn diese Grundkompetenzen nicht beherrscht werden, wird es sehr schwierig dies an den weiterführenden Schulen nachzuholen. Wir wollen das mit verbesserten Methoden stärken“, so Lasse Weritz, Abgeordneter der CDU-Landtagsfraktion und Mitglied im Kultusausschuss.

### Der Wald ist unsere wichtigste und größte Kohlenstoffsenke

„Ein Viertel der niedersächsischen Landesfläche ist bewaldet, und kaum ein anderer Landschaftsraum hat eine solche Bandbreite an Funktionen zu bieten. Besonders herausragend ist die Bedeutung des Waldes für den Klima- und Umweltschutz. Der deutsche Wald ist unsere größte und wichtigste Kohlenstoffsenke“, erklärte der Landtagsabgeordnete Uwe Dorendorf in der Landtagsdebatte zum Schutz unseres Waldes. „Den Wald zu schützen, ihn an den Klimawandel anzupassen und als Kohlenstoffsenke zu erhalten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Leistung der Waldbesitzer, und gerade der privaten Waldbesitzer, darf deshalb nicht

einfach nur abgegolten werden, sondern wir müssen Anreize und Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Wälder erhalten und weiter ausgebaut werden können“, so der Landtagsabgeordnete.



### Bestehende Kostenfallen bei Mobilfunkverträgen schließen – Verbraucherrechte stärken

Durch Statistikauswertungen des Verbandes für Telekommunikation und Mehrwertdienste konnte festgestellt werden, dass Mobilfunkanbieter bei der Vertragslaufzeit aus versteckten Kosten Kapital schlagen. „Das ist zutiefst verbraucherfeindlich und hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf des Gesetzgebers auf Bundesebene“, erklärt die Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Veronika Koch. „Durch die Entscheidung im Landtag sollen unter anderem automatische Vertragsverlängerungen von Mobilfunk- und Festnetzverträgen auf maximal drei Monate festgesetzt werden, vertragliche Mindestleistungen

müssen, wie die angepriesene Maximalgeschwindigkeit in den Mobilfunkverträgen, auch vertraglich zugesichert werden und es müssen Entschädigungen sowie weitere Verbraucherrechte gesetzlich festgelegt werden“, so Koch.



# 3 FRAGEN AN...

## Katharina Pötter, hauptamtliche Stadträtin „Soziales und Bürgerservice“ der Stadt Osnabrück, zur besonderen Herausforderung für Kommunen in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie

**Während die Länder mit Verordnungen für den rechtlichen Rahmen der Covid-19-Bekämpfung Sorge leisten, sehen sich die Kommunen von Kinderbetreuung bis Sterbebegleitung mit den konkreten sozialen Folgen der Einschränkungen konfrontiert. Welche Erfahrungen haben Sie als Leiterin des Osnabrücker Krisenstabes vor Ort gemacht?**

Unsere Strategie war auf ein Ziel ausgerichtet, nämlich unser Gesundheitssystem nicht zu überlasten, um alle Erkrankten bestmöglich versorgen zu können. Weil wir dieses Ziel auch überzeugend erklären konnten, sind alle anderen Einschränkungen meines Erachtens weitestgehend akzeptiert worden, so schwerwiegend diese auch waren. Man darf dabei nicht vergessen, wie tief wir auch in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger eingegriffen haben – eine Art Notfall, den das Grundgesetz eher nicht vorsieht. Obwohl unsere Strategie richtig gewesen ist, hätten wir in einzelnen Fragen die Entscheidungen überzeugender abstimmen können. Dennoch ist Kritik schnell ausgesprochen, schließlich hatte keiner Erfahrung mit der Ausbreitung eines solchen Virus. Wir mussten in einem hoch dynamischen Prozess organisieren, entscheiden, handeln und auch lernen. So standen wir immer wieder vor der Situation, entscheiden zu müssen, ohne die Folgen abschätzen zu können.

**Die Einschränkungen wurden bereits zum überwiegenden Teil auf ein erforderliches Mindestmaß reduziert. Experten rechnen dennoch mit langfristigen Folgen für Kinder, beispielsweise aus sozial-schwachen Familien. Wie beurteilen Sie die Situation, und wie geht die Stadt Osnabrück damit um?**

Das ist eine schwierige Frage, die ich heute noch nicht abschließend beantworten kann. Wir verfügen über ein relativ dichtes Netz sozialer Einrichtungen, mit den wir auch in diesen außergewöhnlichen Zeiten zum Wohle der Kinder und Ihrer Familien sehr gut zusammenarbeiten. Dennoch müssen wir uns fragen, ob und wie wir unsere Strukturen an diese neue Herausforderung anpassen müssen.

**Als Trägerin der Schulen und auch zahlreicher Kindertagesstätten trägt die Stadt Osnabrück Verantwortung für die Entwicklung und Umsetzung von Hygienekonzepten in diesen Einrichtungen. Fühlen Sie sich ausreichend gewappnet, den Infektionsschutz sicherzustellen?**

Ich bin mir inzwischen sicher, dass wir das hinkriegen. Die Menschen haben sich erstaunlich schnell auf die neue Situation eingestellt: ob in der Freizeit oder im Beruf, im öffentlichen Nahverkehr, im Sport, in Geschäften, in Büros, alle achten ziemlich konsequent auf die Einhaltung der Hygieneregeln. Schulen und Kitas haben mit einer bewundernswerten Kraftanstrengung Strukturen geschaffen, mit denen sie sich auf den neuen Alltag einstellen und so dazu beitragen, einerseits Normalität zu ermöglichen und andererseits die Ausbreitung des Virus zu vermeiden.

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

CDU-Fraktion  
im Niedersächsischen Landtag  
Hannah-Arendt-Platz 1  
30159 Hannover  
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

### Verantwortlich:

Jens Nacke MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

### Redaktion:

Sabine Busse  
Ralph Makolla  
Doreen Helms  
Marco Zacharias  
Telefon (05 11) 3030-4119  
bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

### Die Fraktion auf Facebook:

[www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds](https://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds)

### Die Fraktion auf Instagram:

[www.instagram.com/cdu.fraktion.nds](https://www.instagram.com/cdu.fraktion.nds)

## TERMINE

15. Juli 2020: Plenum

14.–17. September 2020: Plenum

### Bildnachweis:

Seite 4: Ev. Akademie Loccum  
Foto Jens Nacke: Tobias Koch  
Foto Dirk Toepffer: Tobias Koch